

Positionspapier des Landesschülerausschusses Berlin zu Bundeswehr an Schulen

Die Zukunft bzw. Zukunftsaufgabe zu finden, ist eine wichtige Frage, die sich viele Schüler*innen, zum Ende ihrer Schullaufbahn hin, stellen. Schule in ihrer Gesamtheit, aber auch in ihren individuellen akademischen Disziplinen, ermöglicht es, persönliche Stärken und Kompetenzen, in Bezug auf die Berufswahl, zu finden. Dem gleichen Zweck dienen ebenfalls zahlreiche Messen und Informationsveranstaltungen von z.B. lokalen Universitäten, die die Festlegung der Schüler*innen auf ein Berufsfeld erleichtern sollen. Zudem ist eine weitere Form der Vorstellung, die Werbung schulexterner Organisationen, als Orientierungshilfe in Bildungsinstitutionen. Eine, in letzter Zeit, stark diskutierte Organisation, die diese Form der Anwerbung seit Jahren betreibt, ist die deutsche Bundeswehr, zu deren Auftreten an Berliner Schulen wir uns als Landesschülerausschuss in dem Folgenden positionieren werden.

Der Landesschülerausschuss Berlin lehnt jegliche Werbung z. B. in Form von Vorträgen der Bundeswehr an Schulen ab. Wir unterstützen jedoch die Einladung zu Diskussionsrunden, die der Aufklärung bzw. kritischen Hinterfragung dienen. Uns sind verschiedene Fälle bekannt, bei denen die Bundeswehr gegen die UN Kinderrechtskonvention verstoßen hat. Wir nehmen diese Vorfälle sehr ernst, bei denen die Bundeswehr als eine Art Freizeitcamp dargestellt wird und Ihre Rolle als Militär und die damit verbundenen Aufgaben nicht reflektiert bzw. differenziert den Schüler*innen präsentiert haben. Wir fordern darüber hinaus auch eine gesetzliche Verankerung dieses Verbots von Werbung der Bundeswehr an Schulen aus den bereits genannten Gründen.

Einen weiteren Aspekt der unserer Meinung nach hervorgehoben werden sollte, ist die Verpflichtung von Minderjährigen. Kinder für den Krieg auszubilden, sie in jungen Jahren den Umgang mit Waffen zu lehren und allgemein militärische Interessen über die Schutzrechte von Kindern bzw. Jugendlichen zu stellen, ist milde gesagt grotesk. Deshalb fordert der Landesschülerausschuss Berlin die sofortige gesetzliche Unterbindung dieser Praktik.

Letztlich fordern wir nicht gänzlich die Streichung des Kapitels „Die Bundeswehr“ aus Berliner Schulbüchern, sondern nur die Unterrichtung dieser prekären Thematik von spezialisierten bzw. sensibilisierten Lehrkräften, die nicht, beispielsweise Vertreter der Bundeswehr, die Absicht haben, die Schüler*innen für die staatliche Institutionen zu gewinnen.

